


Kleine Einführung in die Landespolitik



Landespolitik – Dieser Begriff ist für viele ein Abstraktum, unter dem sie sich nichts Konkretes vorstellen können. Dabei ist es gerade für angehende Zahnmediziner wichtig, sich einmal mit dem Terminus und vor allem mit den Inhalten der Landespolitik auseinanderzusetzen. Berufstätige Zahnärzte sollten zudem möglichst über aktuelle Entwicklungen und Änderungen informiert sein, um die Qualität der eigenen Behandlung entsprechend hochhalten zu können. Darüber hinaus gibt die Beschäftigung mit der Thematik Aufschluss über die bestehenden Möglichkeiten, sich selbst einzubringen und in der Landespolitik mitwirken zu können.

[©Rawpixel]

Landespolitische Strukturen und Aufgaben

Nach allgemeinem Verständnis setzt sich die Landespolitik aus allen Maßnahmen zusammen, die die Qualität der Arbeitsbedingungen sicherstellen. Dazu gehören unter anderem die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, die geleitet wird vom Selbstverständnis der Zahnmedizin und bestrebt ist, die

Selbstverwaltung des Berufsstandes zu wahren.

Denn Zahnärzte sind in Deutschland, ähnlich wie Anwälte oder Steuerberater, freiberuflich tätig und unterliegen in bestimmten Rahmen der Selbstverwaltung. Diese hat im Kern die Schaffung unbürokratischer, schneller und kostengünstiger Handlungsmöglichkeiten im Interesse der Zahn-

ärzte zum Ziel. Hierfür werden jedoch gewisse Reglements, die Berufsordnungen, nötig. Für die Organisation dieser Regelungen und die Übernahme der Verwaltungsaufgaben für den Berufsstand sind als Interessenvertretung in erster Linie die Zahnärztekammern verantwortlich. Federführend ist hierbei die Bundeszahnärztekammer (BZÄK).

Auch die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZV) spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung bestehender standespolitischer Anforderungen. Als Körperschaften des öffentlichen Rechts, wie es die Kammern auch sind, sind sie unter anderem für Mantelverträge mit Regierungen und Kassen zuständig. Darüber hinaus sorgen sie auch für die Sicherstellung der vertragszahnärztlichen Versorgung entsprechend eben dieser vertraglichen Bestimmungen.

Neben den Vereinbarungen zu Honoraren und Leistungen regeln die geltenden Berufsordnungen das Verhalten gegenüber Patienten, Mitarbeitern und anderen Vertretern des Gesundheitswesens und legen damit die Rechte und Pflichten des Zahnarztes in seinem Beruf fest.

Auch das Gebiet der Aus- und Fortbildung von zahnmedizinischem Personal wird von den Vereinbarungen abgedeckt. Zu den standespolitischen Bestimmungen gehört deshalb die Approbationsordnung. Sie regelt den Ablauf des Studiums für Zahnmediziner in Deutschland und stellt damit eine einheitliche Qualität der Ausbil-

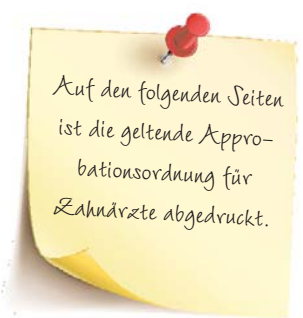
dung und der Voraussetzungen für die Berufsausübung sicher. Nach jahrelanger Diskussion gelten seit 2011 überarbeitete Approbationsbestimmungen. Bei der Novellierung wurden der Studienaufbau und die Studieninhalte um einige Punkte ergänzt, die sich stärker auf den Praxisalltag und die aktuellen Entwicklungen fokussieren. Im Gegenzug dazu wurden die Stunden für das zahntechnische Arbeitsgebiet deutlich reduziert.

Aktiv mitwirken

Das Bewusstsein für standespolitische Themen schon bei Studenten und Berufseinsteigern zu wecken, hat sich der Bundesverband der zahnmedizinischen Alumni in Deutschland (BdZA) zur Aufgabe gemacht. Er übernimmt die Einführung junger Zahnmediziner in Struktur und Aufgaben der Kammern und gibt dafür umfangreiche Informationen an Studenten und Absolventen der Zahnmedizin sowie Assistenzzahnärzte weiter. Generell sind die Vertreter der Vereinigungen und Verbände bemüht, immer mehr Berufsangehörige für die aktive Mitarbeit in der Standespolitik zu motivieren, die auch

als Chance für eine persönliche Weiterentwicklung begriffen werden kann. Wer sich mit Hintergründen und aktuellen Problemen des Berufsfeldes beschäftigt und mitteilt, Lösungsansätze zu finden, kann besonders in Hinblick auf die eigene Arbeit seinen Horizont erweitern und neue Potenziale entdecken. Und schon mit der Übernahme kleinerer ehrenamtlicher Aufgaben ist eine Mitwirkung möglich.

Raum für standespolitische Debatten ist grundsätzlich auf Ärztetagen, gemeinsamen Ausschüssen und Kommissionen. Hier wird über aktuelle Fragestellungen, Aufgaben und Herausforderungen der Selbstverwaltung diskutiert. Für junge Zahnmediziner werden häufig von den regionalen Institutionen spezielle Informationsveranstaltungen angeboten. ◀



Auf den folgenden Seiten
ist die geltende Appro-
bationsordnung für
Zahnärzte abgedruckt.